

Argudiss lädt ein zu Vortrag & Buchvorstellung: Demokratie – die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu „bewirken“ oder zu „verändern“.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzigste Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom „Druck der Straße“ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen „letztlich doch egal“ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht

sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.



Wann: Donnerstag, 6. Juni 2024, 19 Uhr
Referenten: Redakteure Gegenstandspunkt Verlag
Wo: Bürgerhaus Weserterrassen,
Osterdeich 70b
Kontakt: www.argudiss.de

Jetzt doch irgendwann: Europäische Soldaten für Kiew?

Am ersten Montag des 3. Ukrainekriegsjahres wird die – schon längst bekannte – Begründung des deutschen Bundeskanzlers für seine Absage an die Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine öffentlich: Deren zweckmäßiger Einsatz wäre ohne Mitwirkung deutscher Soldaten vor Ort nicht zu machen; das käme einer Verwicklung direkter Art in den Ukraine-Krieg gleich; die will er vermeiden. Die menschlichen Opfer und fälligen Verwüstungen sollen weiterhin ausgelagert bleiben. Sofort hagelt es die ebenfalls längst bekannte Kritik: Wieder einmal zögert der Kanzler das Notwendige, das zur Verteidigung der Ukraine und Europas Überfällige in unverantwortlicher Weise hinaus – bis es dann doch, aber mal wieder zu spät, gemacht wird. Vorseilend stricken die notorischen Friedensfreunde von der FDP, den Grünen und den C-

Parteien an einer neuen Dolchstoßlegende; mit der Ukraine und der Weltordnung in der Rolle des Opfers.

Am Dienstag danach wird bekannt, welche Konsequenz der französische Präsident anlässlich einer einschlägigen Ukrainekriegsunterstützerkonferenz von mehr als 20 engagierten Staaten in Paris aus dem für den Westen unbefriedigenden Fortgang des großen antirussischen Freiheitskampfes gezogen wissen will: Der Einsatz eigener, von europäischen Ukraine-Freunden mobilisierter Bodentruppen darf nicht ausgeschlossen werden. Prompt sind führende Repräsentanten der regierenden Koalition und der C-Opposition strikt dagegen (nicht so strikt die notorische Mutter Courage von der FDP). So weit reicht der

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

bundesdeutsche Konsens, wenigstens offiziell, also noch: Waffen, mit denen ukrainische Soldaten russische Kräfte auch weit hinter der Front effektiv ausschalten können – jede Menge, jederzeit, unbedingt. Aber das mörderische Kriegselend dürfen weiterhin die Freiheitshelden ukrainischer Nationalität übernehmen. Also doch nicht, so wie von Macron angemahnt, *alles* dafür, dass Russland den Krieg verliert? Oder gilt dieses ‚Nein‘ auch wieder nur ‚bis auf Weiteres‘, bis die NATO-Arsenale wieder aufgefüllt sind und die Panzerproduktion ins Rollen gekommen ist?

Mal anders gefragt, an die Adresse der aufgeschreckten christlichen und regierenden Nein-Sager: Was haben die sich denn dabei gedacht, wenn sie über zwei Jahre Krieg lang nicht müde geworden sind, einen Sieg über Russland zu *ihrer Sache* – zum Herzensanliegen Deutschlands und folglich ungefragt zu unser aller Pflicht – zu erklären? Wenn sie über das enorme Maß der praktizierten indirekten Kriegführung des vereinigten Westens hinaus immer noch mehr Waffen, eine quantitativ und qualitativ schrankenlose Eskalation des Gemetzels herbei-gefordert haben? Wenn sie jede Erinnerung an die abschreckende Wucht der Atomwaffen Russlands als völlig übertriebene, weil grundlose Feigheit vor dem Feind abgewiesen haben?

Na gut, die Antwort will man lieber gar nicht wissen. Denn was auch immer sie sich gedacht haben und jetzt denken: Partei ergriffen haben sie erstens *für Krieg*. Zweitens für Krieg als *Mittel, Russland fertigzumachen*, um eine europäische Staatenordnung gemäß ihrer weltpolitischen Rason durchzusetzen. Drittens für einen Krieg mit und auf Kosten der *Ukraine als Werkzeug*. Und zwar logisch in dieser Reihenfolge:

- Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen andere Gewaltmonopolisten zu fassen und für deren Durchsetzung Krieg zu machen, gehört zum Berufsbild von Leuten, die erfolgreich beschlossen haben, Politiker zu werden.
- Krieg gegen Russland, bis es von seinem ausgreifenden Sicherheitsbedarf an seiner Südwestgrenze Abstand nimmt und sich als Weltmacht geschlagen gibt, gehört zur Staatsrason der als NATO organisierten Mächte, noch einmal speziell der auf europäische Führungsmacht erpichten Nationen Deutschland und Frankreich, *weil* Russland mit seiner Kriegsmacht die Vollendung der westlichen Vorherrschaft in der Welt und in Europa speziell blockiert und *nachdem* dieser Staat seinen Einspruch gegen die Vormacht des Westens kriegerisch geltend macht.
- Kriegführung beschränkt auf die Ukraine und das russische Hinterland als Schauplatz folgt dem weltpolitischen Zweck Deutschlands und seiner NATO-Partner, der russischen Militärmacht ihre Existenz

zu bestreiten, ohne die eigene Existenz als Zentralen des Weltgeschehens aufs Spiel zu setzen.

Mit seinem Vorstoß zum Einsatz europäischer Bodentruppen in der Ukraine macht Macron die Entscheidungssituation kenntlich, die in dem Kriegszweck des Westens enthalten ist und auf die der Krieg zusteuert: Ist der Sieg über Russland jetzt die viel und laut beschworene weltpolitische Existenzfrage der NATO-Mächte – inklusive oder auch ohne USA – ? Oder macht der Westen eine russische Niederlage bis zuletzt zur Existenzfrage allein für Selenskyjs Ukraine?

Die Freiheit, diese Frage gemäß den strategischen Bedürfnissen des Westens zu beantworten, bedarf einer Voraussetzung, die in Deutschland erst noch heroder jedenfalls fertiggestellt werden muss: Das liebe friedensverwöhnte Volk muss erstens militärisch ausgerüstet und zweitens darauf vorbereitet und eingestimmt werden, dass es sich das *Projekt Kriegstüchtigkeit* praktisch gefallen lässt und leitkulturell Gefallen daran findet. Bis dahin gibt es noch einiges zu tun. Aber so wie die Rüstungsindustrie in Sachen Hardware, so arbeiten Politik und Öffentlichkeit in Sachen Wille und Bewusstsein an einem Erfolg. Dabei gibt es im Bereich der moralischen Aufrüstung gegen Putins Reich des Bösen nichts wirklich Neues – allenfalls die frohe Aussicht, am Boom der Rüstungsaktien zu verdienen, wenn man genug Geld und den richtigen Vermögensberater hat. Ansonsten gibt es die seit zwei Jahren gewohnte Hetze in immer neuen Auflagen.

Ein produktiver Beitrag zu nationaler Einsichtigkeit in der Kriegsfrage ist aus anderer Richtung zu verzeichnen: Wie die Gewalt des Guten mit einer blutigen Herausforderung durch das Böse fertigzuwerden hat, fertigwerden darf und muss, dafür bietet der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza ein aufbauendes Beispiel. Jedenfalls gemäß der hierzulande allein zulässigen Lesart: Ein terroristischer Überfall berechtigt, nein: verpflichtet die überfallene Staatsgewalt zur Anwendung von allem, was sie an Mitteln hat, und das ganz nach eigenem Ermessen. Opfer, auch wenn sie in die Zehntausende gehen, sind kein Einwand gegen den guten Zweck. Diese Einsicht ist im Sonderfall Israel für Deutschland zwar ein moralischer Sonderfall. Aber so besonders ist er dann doch nicht, dass er sich nicht auf den näher liegenden Fall Ukraine übertragen ließe: Auch dafür gibt er eine brauchbare Lehre her für den schlüssigen Zusammenhang zwischen Staatsrason, Militärgewalt und gutem staatsbürgerlichem Gewissen. Man darf sich nur nicht durcheinanderbringen lassen, für welche Opfer das Stichwort Genozid noch zu schwach und für welche es absolut verboten ist.

Argudiss empfiehlt:



Artikel in dieser Ausgabe:

Editorial

2 Jahre Ukraine-Krieg

Die Ukraine und Moldau sind ab sofort künftiger Besitzstand der EU

Ernstfall für die Freundschaft zwischen der regionalen und der globalen Supermacht

Zur Reform des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts

Vom aktuellen Imperialismus deutscher Nation – diesmal als Haushaltsfrage

Lauterbachs Revolution im Krankenhaus

Aus der Reihe Was Deutschland bewegt:

Die AfD im Höhenflug

Antworten auf den Höhenflug der AfD

Proteste gegen die AfD

Neue Ausländergesetze

Korrespondenz:

Korrespondenz zur Lohnarbeit

Erhältlich u.a. bei:

- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchladen i. d. Neustadt, Lahnstraße 65b
- Universitätsbuchhandlung, Uni
- Online: www.gegenstandpunkt.com

Damit man sich in der weltweiten und der deutschen Zeitenwende wenigstens gedanklich zurechtfindet, bietet dieses Heft Artikel über

- die Bilanzen, die die Veranstalter und Intendanten des ukrainischen Kriegsszenarios aufstellen, nachdem sie zwei Jahre lang heldenhaft gewütet haben, und die Perspektiven, die sich für sie daraus ergeben. Besonders einleuchtend hier der Einfall der EU, den schon lange versprochenen Beitrag zur Verwüstung einer künftigen freien und sicheren Ukraine durch einige hunderttausend garantiert defensive Granaten mit dem festen Versprechen der Aufnahme des Landes und seines moldawischen Nachbarn in die Union zu verknüpfen.
- den anderen großen aktuellen Kriegsschauplatz, zu dem das antinationalsozialistische Deutschland vor allem eine vollständig und hermetisch selbstbezügliche Debatte über die Eindeutigkeit der Identität von Israel-Kritik und Antisemitismus beisteuert. Das Geschehen selbst ist bequemerweise fest und vollständig in den Händen der israelischen Kriegsmacht und ihrer amerikanischen Schutzmacht, die einander als imperialistisch interessierter Schöpfer und autonomes Geschöpf verbunden sind. Erklärt wird diese Singularität im Kosmos amerikanischer Weltherrschaft.
- das imperialistisch sachgerechte Verhältnis zwischen hoheitlicher Kreditschöpfung, ökonomischer Konkurrenz und militärischer Aufrüstung, das auf europäischer Ebene mit der Reform des Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakts ins Werk gesetzt wird. Auf nationaler Ebene bestimmt dieser Zusammenhang den deutschen Staatshaushalt; die Logik dieser fortgeschrittenen Einheit von Geld und Gewalt ist sehr gut an der Spannweite zwischen Sondervermögen, Wirtschaftsförderungsgesetz und Schuldenbremse zu studieren.
- schließlich auch noch – die Machart der patriotischen Systemopposition, mit der die AfD sich beliebt macht, den Grund ihres Erfolgs, den sie mit ausländischen Ausländerfeinden teilt, sowie die Fragwürdigkeit der massenhaft demonstrieren Absage, die sie sich hierzulande eingefangen hat.



Hunderttausende demonstrieren gegen die AfD. Für Demokratie. Für welche denn eigentlich?

Der Weckruf

Wogegen die vielen Leute, die das sonst nicht tun, auf die Straße gehen, ist klar: gegen die AfD. Die von investigativen Journalisten ausspionierte „Geheimkonferenz“ in einer Potsdamer Villa wirkt ungeheuer mobilisierend. Dort hatten rechte und rechtsradikale Politiker mit Gesinnungsgenossen über die massenhafte Deportation von hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, darunter – was offenbar das Schlimmste ist – auch solchen mit deutschem Pass, beraten. Die Enthüllung rückt ins Licht, wozu die Rechtsaußen-Partei womöglich, wenn sie an die Macht kommt, fähig und willens sein könnte. Die schnell gezogene Parallele zur Wannsee-Konferenz der Nazis, auf der die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, und das Wissen der Nachgeborenen, wie schlimm das alles für Deutschland geendet hat, tun ein Übriges, um den Faschismus-Verdacht gegen die AfD zu nähren. Dass die solche Pläne dementiert und mit „Remigration“, von der sie schon spricht, etwas anderes meinen will, ändert nichts. Nachdem aufgedeckt worden ist, wo das alles enden könnte, wollen die Demonstranten

„Den Anfängen wehren!“

Welchen Anfängen? Wer gegen die schlechte Behandlung von Migranten ist, kann doch nicht erst bei der AfD anfangen. Und schon gar nicht für die Demokratie eintreten, die es in Deutschland gibt. Die ist mit ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik doch selbst der Anfang und eigentlich längst nicht nur der Anfang dessen, was schon jetzt, und zwar programmatisch, mit Deportationen endet: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, sagt der demokratische Kanzler.

Nicht zu vergleichen? Weil die Berliner Politik nur Menschen ohne Aufenthaltsrecht trifft? Wo ist denn dann die Grenze zwischen der guten, demokratischen Ordnung, für die man demonstrieren geht, und der faschistischen Gefahr, der man sein „Nie wieder ist jetzt!“ entgegenschleudert? Hat die gemeinte Grenze überhaupt einen Inhalt, und wenn, hat sie denselben Inhalt wie letztes Jahr oder vor zwei Jahren? Wissen die Demonstranten, was sie definitiv nicht mehr mitzumachen bereit sind, oder verteidigen sie gegen die rechte Gefahr den je aktuellen Status quo, dessen Einführung sie seinerzeit als Rechtsruck beklagt hatten? Immerhin konzipiert die demokratische Regierung gegenwärtig eine Reform der Flüchtlingspolitik, wie sie bis vor Kurzem nur die Bürokraten der ausländerfeindlichen Op-

position gefordert hatten: mit Asylprüfungscentren nach dem britischen Ruanda-Vorbild weit weg von europäischen Grenzen, und mit Kurzprüfungen des Asylbegehrens in exterritorialen, gefängnisartigen Lagern mit anschließender Rückführung für die, die es bis an die EU-Grenzen schaffen.

Oder verläuft die Scheidelinie zwischen dem, wogegen, und dem, wofür demonstriert wird, vielmehr zwischen einem *rassistischen Ungeist*, aus dem heraus die Rechtsradikalen gegen Ausländer hetzen, und dem *sachlichen Ton*, mit dem demokratische Bevölkerungspolitiker – durchaus mit humanem Bedauern und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Vorgaben – ihre jeweiligen Verschärfungen im Umgang mit den Flüchtlingen begleiten? Spaßige Sprachkunststückchen – „Lieber Menschenrechte als rechte Menschen“, „Lieber solidarisch als solide arisch“ – und die überall auftauchende Erklärung, dass man sich gegen Hass und die Hasser wende, legen jedenfalls nahe, dass die Absage an die rassistische Gesinnung eben den feindseligen Motiven gilt, die man in der Rhetorik der AfD zur Flüchtlingspolitik findet, und nicht so sehr dieser Politik selbst: Die armen Leute, die Deutschland fernhält oder wieder wegschickt, sollen nicht verachtet und als minderwertig geschmäht werden. Harte Ausländerpolitik ist die eine Sache, Ausländerfeindschaft eine andere, die sich nicht gehört. Ist das der demokratische Unterschied, auf den es ankommen soll?

(...)

Der hier angerissene Artikel ist in der aktuellen Nummer 1-24 der Zeitschrift **GEGENSTANDPUNKT** erschienen und kann dort wie auch auf der Webseite des Verlages zu Ende gelesen werden.



Wer mit uns in Kontakt treten will,

kann das über unsere Webseite www.argudiss.de.

Regelmäßiges Diskussionsangebot

Auf unserer Webseite www.argudiss.de kann man sich in einen E-Mail-Verteiler eintragen und bekommt dann in der Regel einmal pro Woche eine Mail mit Zeit und Thema der nächsten offenen Diskussionsrunde.